

Hauptsatzung der Gemeinde Lindetal

<i>Organisationseinheit:</i> Hauptamt <i>Bearbeitung:</i> Marion Franke	<i>Datum</i> 02.02.2021 <i>Einreicher:</i>
----------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Geplante Sitzungstermine</i>	<i>Ö / N</i>
-----------------------	-------------------------------------	--------------

Beschlussvorschlag

Auf der Grundlage des § 5 Abs. 2 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) beschließt die Gemeindevertretung die Hauptsatzung der Gemeinde Lindetal

Sachverhalt

Jede Gemeinde hat eine Hauptsatzung zu erlassen. Diese beinhaltet die Grundsätze der Organisation einer Gemeinde und die Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches.

Die Gemeindevertretung hat bereits in ihrer letzten Sitzung die neue Hauptsatzung beschlossen, die der Rechtsaufsichtsbehörde des Landkreises angezeigt wurde.

Diese hat mit Schreiben vom 11. Januar 2021 rechtliche Bedenken gegen die Satzungsregelung über Stundung, Niederschlagung und Erlass von Forderungen im

§ 5 Abs. 6 erhoben.

Nach nochmaliger rechtlicher Erörterung wird nunmehr diese Regelung in den Hauptsatzungen der Gemeinden des Amtes Stargarder Land als entbehrlich erachtet.

Aus den vorgelegten Hauptsatzungen wird im § 5 der Abs. 6 gestrichen.

Nach Beschlussfassung der Gemeindevertretung wird die Hauptsatzung erneut der Rechtsaufsichtsbehörde angezeigt.

rechtliche Grundlagen

KV M-V § 5 Abs. 2

Finanzielle Auswirkungen

keine

Anlage/n

1	Hauptsatzung der Gemeinde Lindetal (öffentlich)
---	-------------------------------------------------

Hauptsatzung der Gemeinde Lindetal

Stand 02.02.2021

Auf der Grundlage des § 5 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg- Vorpommern (KV M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Juli 2011 (GVOBl. M-V 2011, S. 777) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23. Juli 2019 (GVOBl. MV S. 467) wird nach Beschluss der Gemeindevertretung Lindetal vom
und nach Anzeige bei der Rechtsaufsichtsbehörde nachfolgende Hauptsatzung erlassen:

§ 1 Name / Dienstsiegel

- (1) Die Gemeinde Lindetal führt ein Dienstsiegel.
- (2) Das Dienstsiegel zeigt das kleine Landessiegel mit dem Wappenbild des Landesteiles Mecklenburgs, einen hersehenden Stierkopf mit abgerissenem Halsfell und Krone und der Umschrift „GEMEINDE LINDETAL * LANDKREIS MECKLENBURGISCHE-SEENPLATTE*“.

§ 2 Ortsteile

Die Gemeinde besteht aus den Ortsteilen Ballin, Plath, Rosenhagen, Dewitz, Marienhof, Leppin und Alt Käbelich.
Es werden keine Ortsteilvertretungen gebildet.

§ 3 Rechte der Einwohner

- (1) Die Bürgermeisterin beruft bei allgemein bedeutsamen Angelegenheiten der Gemeinde durch öffentliche Bekanntmachung eine Versammlung der Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinde ein. Die Einwohnerversammlung kann auch begrenzt auf Ortsteile durchgeführt werden.
- (2) Anregungen und Vorschläge der Einwohnerversammlung in Selbstverwaltungsangelegenheiten, die in der Gemeindevertretersitzung behandelt werden müssen, sollen dieser in einer angemessenen Frist zur Beratung vorgelegt werden.
- (3) Bei wichtigen Planungen und Vorhaben, die von der Gemeinde oder auf ihrem Gebiet von einem Zweckverband durchgeführt werden, sollen die Einwohnerinnen und Einwohner möglichst frühzeitig über die Grundlagen, Ziele und Auswirkungen wenn nicht anders, in einer Einwohnerversammlung oder durch Information im Bekanntmachungsblatt unterrichtet werden. Soweit Planungen bedeutsame Investitionen oder Investitionsfördermaßnahmen betreffen, sind die

beabsichtigte Finanzierung und die möglichen Folgen des Vorhabens für die Steuern, Beiträge und Hebesätze der Gemeinde darzustellen. Den Einwohnerinnen und Einwohnern ist Gelegenheit zur Äußerung auch im Rahmen der Fragestunde zu geben.

- (4) Die Einwohnerinnen und Einwohner erhalten die Möglichkeit, in einer Fragestunde im öffentlichen Teil der Gemeindevertretersitzung Fragen an alle Gemeindevertreter sowie die Bürgermeisterin zu stellen und Vorschläge oder Anregungen zu unterbreiten.
Dabei sind Fragen zu späteren Beratungsgegenständen zugelassen.
Für die Fragestunde ist eine Zeit bis zu 30 Minuten vorzusehen.
- (5) Die Bürgermeisterin ist verpflichtet, im öffentlichen Teil der Sitzung der Gemeindevertretung über wichtige Gemeindeangelegenheiten zu berichten.

§ 4

Sitzungen der Gemeindevertretung

- (1) Die Gemeindevertretersitzungen sind öffentlich.
- (2) Anfragen von Gemeindevertretern sollen spätestens 10 Arbeitstage vorher bei der Bürgermeisterin eingereicht werden.
- (3) Mündliche Anfragen während der Gemeindevertretersitzung sollen, sofern sie nicht in der Sitzung selbst beantwortet werden, spätestens innerhalb von vierzehn Tagen schriftlich beantwortet werden.
- (4) Die Öffentlichkeit ist grundsätzlich in folgenden Fällen ausgeschlossen:
 - 1. einzelne Personalangelegenheiten außer Wahlen und Abberufungen
 - 2. Steuer- und Abgabeangelegenheiten Einzelner
 - 3. Grundstücksangelegenheiten
 - 4. Vergabe von Aufträgen
 - 5. Rechnungsprüfungsangelegenheiten, außer dem Abschlussbericht

Sollten keine überwiegenden Belange des öffentlichen Wohls oder berechnigte Interessen Einzelner betroffen sein, sind auch die Angelegenheiten der Ziffer 1 – 5 in öffentlicher Sitzung zu behandeln.

In nicht aufgeführten Fällen ist die Öffentlichkeit durch Beschluss auszuschließen, wenn überwiegende Belange des öffentlichen Wohls oder berechnigte Interessen Einzelner es erfordern.

§ 5 Ausschüsse

- (1) Die Gemeindevertretung bildet einen Hauptausschuss, der gleichzeitig die Aufgaben des Finanzausschusses übernimmt.
- (2) Dem Hauptausschuss gehören neben der Bürgermeisterin zwei Mitglieder der Gemeindevertretung an. Es werden keine stellvertretenden Mitglieder gewählt.
- (3) Die Sitzungen des Hauptausschusses sind nichtöffentlich.
- (4) Bei Bedarf können auf Beschluss der Gemeindevertretung weitere Ausschüsse gebildet werden.
Diese setzen sich soweit nichts anderes bestimmt ist, aus drei Gemeindevertretern zusammen. Die Sitzungen der Ausschüsse sind öffentlich. § 4 Absatz 4 gilt entsprechend.
- (5) Die Aufgaben des Rechnungsprüfungsausschusses werden dem Rechnungsprüfungsausschuss des Amtes übertragen.

§ 6 Bürgermeisterin

Die Bürgermeisterin trifft Entscheidungen unterhalb der folgenden Wertgrenzen:

1. über Verträge und Auftragsvergaben, die auf einmalige Leistungen von 500,00 Euro gerichtet sind sowie bei wiederkehrenden Leistungen von 250,00 Euro pro Monat.
2. bei Veräußerungen oder Belastung von Grundstücken von 500,00 Euro, bei Hingabe von Darlehen, die innerhalb eines Haushaltsjahres zurückgezahlt werden, bis zu 2.500,00 Euro sowie bei Aufnahme von Krediten im Rahmen des Haushaltsplanes von 25.000,00 Euro
3. Die Bürgermeisterin entscheidet nach § 36 BauGB über das gemeindliche Einvernehmen.
4. Die Bürgermeisterin entscheidet über die Annahme oder Vermittlung von Spenden, Schenkungen oder ähnliche Zuwendungen unter 100,00 Euro je Einzelfall.
5. bei über- und außerplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt bzw. Auszahlungen im Finanzhaushalt bis 2.000,00 Euro im Einzelfall, begrenzt auf jährlich max. 3 % der Gesamtauszahlungen/Gesamtaufwendungen. Diese Regelung gilt nicht für zahlungsunwirksame über- und außerplanmäßige Aufwendungen (wie insbesondere Abschreibungen).

6. Die Gemeindevertretung ist laufend über die Entscheidungen im Sinne der Ziffern 1 – 5 zu unterrichten.
7. Verpflichtungserklärungen der Gemeinde bis zu einer Wertgrenze von 500,00 Euro bzw. von 250,00 Euro bei wiederkehrenden Verpflichtungen können von der Bürgermeisterin allein bzw. durch einen von ihr beauftragten Bediensteten der geschäftsführenden Gemeinde in einfacher Schriftform ausgefertigt werden. Bei Erklärungen gegenüber einem Gericht liegt diese Wertgrenze bei 1.000,00 Euro.

§ 7 Erheblichkeitsgrenzen

- (1) Im Sinne des § 48 Absatz 2 Nummer 1 der Kommunalverfassung gilt
 - a) ein Jahresfehlbetrag/jahresbezogener negativer Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen als erheblich, wenn er 3 % aller Aufwendungen/Auszahlungen überschreitet,
 - b) die Erhöhung eines bereits ausgewiesenen Jahresfehlbetrages/jahresbezogenen negativen Saldos der laufenden Ein- und Auszahlungen um mehr als 3 % aller Aufwendungen/Auszahlungen als erheblich.
- (2) Im Sinne des § 48 Absatz 2 Nummer 2 der Kommunalverfassung sind Mehraufwendungen/Mehrauszahlungen als erheblich anzusehen, wenn sie im Einzelfall 3 % der Gesamtauszahlungen/Gesamtaufwendungen übersteigen.
- (3) Im Sinne des § 48 Absatz 3 Nummer 1 der Kommunalverfassung gelten unabweisbare Auszahlungen für Investitionen als geringfügig, wenn sie 5.000,00 Euro nicht übersteigen.

§ 8 Entschädigungen

- (1) Die Gemeindevertreter erhalten für die Teilnahme an Sitzungen der Gemeindevertretung und der Ausschüsse eine sitzungsbezogene Aufwandsentschädigung in Höhe von 40,00 Euro.
- (2) Die Bürgermeisterin erhält eine monatliche funktionsbezogene Aufwandsentschädigung in Höhe von 1.200,00 Euro.
- (3) Die stellvertretende Person der ehrenamtlichen Bürgermeisterin erhält für die erste Stellvertretung 240,00 Euro (20%) und für die zweite Stellvertretung 120,00 Euro (10%) der monatlichen funktionsbezogenen Aufwandsentschädigung der Bürgermeisterin. Dabei ist es unerheblich, ob die Vertretung ausgeübt wird.

- (4) Die Mitglieder der Gemeindevertretung, die keine funktionsbezogene Aufwandsentschädigung nach Abs. 2 und 3 erhalten, erhalten einen monatlichen Sockelbetrag in Höhe von 30,00 Euro.

§ 9

Öffentliche Bekanntmachungen

- (1) Satzungen sowie öffentliche Bekanntmachungen der Gemeinde Lindetal, die durch Rechtsvorschriften vorgegeben sind, soweit es sich nicht um solche nach dem Baugesetzbuch (BauGB) handelt, werden im Internet, zu erreichen über die Internetseite der geschäftsführenden Gemeinde Stadt Burg Stargard www.burg-stargard.de, Menüpunkt „Öffentliche Bekanntmachungen“ öffentlich bekannt gemacht und können im Menüpunkt „Ortsrecht/Satzungen“ eingesehen werden. Darüber hinaus erfolgt eine Information im Mitteilungsblatt „Stargarder Zeitung“ sobald eine Satzung im Internet zur Veröffentlichung gekommen ist. Unter der Bezugsadresse Stadt Burg Stargard, Der Bürgermeister, Mühlenstraße 30, 17094 Burg Stargard kann sich jedermann Satzungen der Gemeinde Lindetal kostenpflichtig zusenden lassen. Textfassungen von allen Satzungen der Gemeinde liegen unter obiger Adresse zur Mitnahme aus oder werden dort bereitgehalten. Die Bekanntmachung und Verkündung ist mit Ablauf des ersten Tages bewirkt an dem die Bekanntmachung nach Satz 1 im Internet verfügbar ist. Dieser Tag wird in der Bekanntmachung vermerkt.
- (2) Satzungen sowie sonstige öffentliche Bekanntmachungen aufgrund von Vorschriften des BauGB erfolgen durch Abdruck in der „Stargarder Zeitung“. Diese erscheint monatlich und wird kostenlos an die Haushalte der Gemeinde Lindetal und ihrer Ortsteile verteilt. Die „Stargarder Zeitung“ ist einzeln bzw. im Abonnement über die Verwaltung der geschäftsführenden Gemeinde Stadt Burg Stargard, Mühlenstraße 30, 17094 Burg Stargard, zu beziehen. Die zusätzliche Internetbekanntmachung nach den Vorschriften des BauGB erfolgt über die Internetseite der geschäftsführenden Gemeinde Stadt Burg Stargard www.burg-stargard.de.
- (3) Auf die gesetzlich vorgeschriebene Auslegung von Plänen und Verzeichnissen ist in Form des Absatzes 1 hinzuweisen. Die Auslegungsfrist beträgt einen Monat, soweit nicht gesetzlich etwas anderes bestimmt ist. Beginn und Ende der Auslegung sind auf dem ausgelegten Exemplar mit Unterschrift und Dienstsiegel zu vermerken.
- (4) Sind Karten, Pläne oder Zeichnungen Bestandteil einer Satzung, so werden diese Teile anstatt einer öffentlichen Bekanntmachung nach Absatz 1 in den Diensträumen der geschäftsführenden Gemeinde Stadt Burg Stargard, Mühlenstraße 30, 17094 Burg Stargard ausgelegt.
- (5) Vereinfachte Bekanntmachungen erfolgen durch Aushang an den Bekanntmachungstafeln.

Die Bekanntmachungstafeln befinden sich:

in Ballin: zwischen Zur alten Schmiede 15 und 17 (an der Verkaufsstelle)
in Plath: Plath 11/12 (neben dem Briefkastenstellplatz)
in Rosenhagen: gegenüber Rosenhagen Nr. 5 und 6
(an der Buswarte in Richtung Ballin)
in Marienhof: Marienhof 16b (an der Gasentnahmestelle)
in Leppin: Jasper-von-Oertzen-Straße 45 (an der Bushaltestelle)
in Alt Käbelich: gegenüber Pfarrweg 1 (am Buswendeplatz)

Bekanntmachungen im Rahmen der öffentlichen Zustellung erfolgen an gleicher Stelle.

- (6) Wahlbekanntmachungen erfolgen durch Aushang an der Bekanntmachungstafel der Stadt Burg Stargard, Mühlenstraße 30 (Rathaus), 17094 Burg Stargard
- (7) Ist die öffentliche Bekanntmachung einer ortsrechtlichen Bestimmung in der Form des Absatzes 1 infolge höherer Gewalt oder sonstiger unabwendbarer Ereignisse nicht möglich, so ist durch Aushang an den Bekanntmachungstafeln zu veröffentlichen. Die Aushangfrist beträgt 14 Tage. Nach Entfallen des Hinderungsgrundes ist die öffentliche Bekanntmachung entsprechend Absatz 1 unverzüglich nachzuholen, sofern sie nicht durch Zeitablauf gegenstandslos geworden ist.
- (8) Zeit, Ort und Tagesordnung sowie Beschlussvorlagen zu den Sitzungen der Gemeinde Lindetal und ihrer Ausschüsse und die bestätigten Niederschriften ihrer öffentlichen Sitzungen werden über die Internetseite der Stadt Burg Stargard unter www.burg-stargard.de, Menüpunkt „Bürgerservice“/Kategorie Bürgerinformationssystem/Kalender öffentlich bekannt gemacht.
- (9) Darüber hinaus informiert die Bürgermeisterin die Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinde Lindetal über allgemein bedeutsame Angelegenheiten und über die im Internet bekannt gemachten Angelegenheiten im Mitteilungsblatt „Stargarder Zeitung“.

§ 10 **Elektronische Kommunikation**

(1) Erklärungen, durch welche die Gemeinde Lindetal verpflichtet werden soll, können auch in elektronischer Form abgegeben werden unter der Maßgabe, dass die Erklärungen mit einer dauerhaft überprüfbaren qualifizierten Signatur versehen sind. Im Fall der elektronischen Erklärung entfallen sowohl die handschriftliche Unterzeichnung als auch die Beifügung des Dienstsiegels.

(1) Dies gilt nicht für Einwohneranträge, Bürgerbegehren und Bürgerentscheide.

§ 11 **Sprachformen**

Alle Funktionsbezeichnungen sind geschlechtsneutral zu verstehen.

§ 12 **Inkrafttreten**

- (1) Diese Hauptsatzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.
- (2) Gleichzeitig treten die Hauptsatzung vom 01.06.2010, die 1. Änderung zur Satzung vom 10.02.2012, die 2. Änderung der Satzung vom 03.04.2014 und die 3. Änderung der Satzung vom 15.11.2019 außer Kraft.

Lindetal,

Kroh
Bürgermeisterin

Hinweis:

Gemäß § 5 Abs. 5 der Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern kann ein Verstoß gegen Verfahrens- und Formvorschriften nach Ablauf eines Jahres seit der öffentlichen Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden, wenn bei der Bekanntmachung auf die Regelung dieses Absatzes hingewiesen wird. Die Folge tritt nicht ein, wenn der Verstoß innerhalb der Jahresfrist schriftlich unter Bezeichnung der verletzten Vorschrift und der Tatsache, aus der sich der Verstoß ergibt, gegenüber der Gemeinde geltend gemacht wird. Eine Verletzung von Anzeige-, Genehmigungs- oder Bekanntmachungsvorschriften kann abweichend vom Satz 1 geltend gemacht werden. Die Genehmigung der Hauptsatzung der Stadt Burg Stargard erfolgte mit Schreiben des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte vom

Veröffentlicht in der Stargarder Zeitung Ausgabe